



Informationen und Positionen

Im Internet: www.linkes-buendnis-dortmund.de
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709

Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen von "Linkes Bündnis Dortmund" März/Apr 07

Sitzung des Rats am 29. März

Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das offizielle Protokoll kann später in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.

Das Aus für das "3do"

Das endgültige Scheitern des Projekts war Wochen zuvor verkündet worden – nun wurden die Trauergesänge der Verwaltung und der Fraktionen angestimmt, nicht so hier:

Wortmeldung: In "UFO" und "3do" stecken ungezählte Arbeitsstunden kommunaler Beschäftigter, Beschäftigter bei der Bahn und privat Beschäftigter. Die allermeisten dieser Arbeitsstunden waren harte und qualifizierte Arbeit. Was immer die Linken in der Stadt, zuerst die DKP und später das Linke Bündnis Dortmund, an der Planung von "UFO" und "3do" kritisiert haben, die Arbeit der Beschäftigten war nicht unser Thema. Unsere Kritik galt immer der kommunalen Politik und den Verwaltungsspitzen, die mehr als zehn Jahre lang zu bearbeiten anordneten, was besser nicht bearbeitet worden wäre. Unsere Kritik galt stets den Rathausfraktionen, die ihre Politik blinden Glaubens an unbegrenztes Wachstum auch an diesem absurden Projekt entwickelt und getragen haben, allen voran die SPD, gerne mit dabei die CDU und die Grünen. Unsere Kritik galt stets dem Vorstand des "Konzerns Stadt Dortmund", der diese zerstörerische Politik mit der Parole "Augen zu und durch" - oder in den Worten seines Vorsitzenden "Ärmel aufkrepeln und weitermachen" - wider ihnen mögliches besseres Wissen betrieb. Namentlich galt unsere Kritik stets Herrn Dr. Langemeyer, Herrn Sierau und Herrn Mager als denjenigen Politikern, denen die Stadt und ihre Bürger unbeirrbar weniger galten und gelten als das Monopoly um das goldene Kalb privater Profit.

Ich bin froh, dass ich anlässlich der Bestellung eines Dezernenten zum Stadtdirektor in der letzten Sitzung des Rates sehr deutliche Worte zu dieser Politik gefunden und öffentlich ausgesprochen habe. Im Protokoll der Sitzung, das in einer Form demokratischer Selbstkastration keine Rede mehr wörtlich festhalten darf, sind sie zu einem einzigen Satz geronnen. Auch die lokalen Medien haben sie nicht vermerkt – auch eine Form der Selbstkastration. Wer sich wirklich informieren will, ist inzwischen auf das internet angewiesen – linkes-buendnis-dortmund.de wird mehr benutzt als Sie denken, auch Sie selbst werden wieder darauf zugreifen müssen, wenn Sie jetzt nicht stenografieren.

Der Absturz des "3do" war programmiert, seit das "UFO" in die Welt der neoliberalen Lokalpolitik geworfen wurde und auf dem Hauptbahnhof landen sollte. "Heisse Eisen", die Zeitung der Dortmunder DKP, nannte das vor ziemlich genau 10 Jahren, 1997, den "800 Millionen-DM-Schiss auf den Hauptbahnhof". Und benannte schon damals die sachlich und fachlich notwendige Kritik an dem Vorhaben.

Keine Sorge, ich zeichne hier nicht die ganze Geschichte - ich nenne nur die Schritte, mit denen wir als "Linkes Bündnis Dortmund" fachlich in die Maschinerie der monu-

mental aufgebauten Sachzwänge für das "3do" einzugreifen suchten. Ich nenne sie deshalb noch einmal, weil sie im Kern jedesmal die Argumente lieferten, das katastrophisch angelegte Unternehmen zu beenden:

- Die Bedenken und Anregungen zur Offenlegung der Änderung des Flächennutzungsplans, zur Aufstellung des Bebauungsplans und zur Einwohnerversammlung vom 19.12.2002
- Die Bedenken und Anregungen zum Planfeststellungsverfahren entspr. § 18 AEG vom 21.08.2003 (der Planfeststellungsbescheid des Eisenbahnbundesamtes benannte dann auch eine Fülle von Auflagen, von denen einige kaum zu erfüllen gewesen wären)
- Die Bedenken und Anregungen zur Änderung des Flächennutzungsplans und zum Entwurf des Bebauungsplans vom 30.09.2003,
- Die Bedenken und Anregungen zum Entwurf des neuen Flächennutzungsplans Dortmund und zum Erläuterungsbericht vom 04.12.2003,
- Die Stellungnahme zum Erteilen eines positiven Vorbescheids für das "3do" durch Verwaltung und Rat ("wegen der herausragenden Bedeutung des Projektes für die Stadtentwicklung und Gestaltung des City-Entrees") im Rat am 19.05.2005

Ich erspare Ihnen hier und heute auch alle unsere öffentlichen Erklärungen und Briefe an die Medien zum Thema aus diesen zehn Jahren. Bis auf die letzte - eine Woche vor dem Aus übergab ich am 22.02.2007 den Lokalmedien die folgende Erklärung, ich zitiere:

"Betteln um noch mehr öffentliche Mittel für das "3do"?"

Seit mehr als zehn Jahren kreiselt ein millionenschweres Spekulationsobjekt über dem Hauptbahnhof. So lange ist bekannt, was das für eine funktional, bautechnisch, gestalterisch und städtebaulich misslungene Idee ohne jede ökonomische Vernunft ist.

So lange schon stopfen Politiker und Haushalter in Berlin, Düsseldorf und Dortmund viel Arbeit und Geld in Planungen, Gutachten und Genehmigungen und versprechen den wechselnden Finanzjongleuren in der Ferne riesige öffentliche Subventionen für die private Profit-Blase. So lange schon bleiben wichtige stadträumliche Flächen in der City liegen. Natürlich bleibt auch das Herzstück – der Hauptbahnhof – die ganze Zeit liegen.

"Plötzlich ist es zu teuer" – was Wunder angesichts des technisch und ökonomisch unsinnigen Projekts. Was für Fachleute haben da die ganze Zeit geplant und gerechnet? Was haben die Politiker und Haushalter die ganze Zeit gemacht? Haben sie nie bemerkt, dass das nicht solide zu finanzieren war? Ist ihnen nie aufgefallen, dass es keine anspruchsvollen Nutzer gab?

Jetzt eilen Oberbürgermeister und Dezernenten nach Düsseldorf und Berlin und versuchen, noch mehr Millionen öffentliches Geld für die Spekulanten und ihr Subventionsgrab loszueisen. Es sind die gleichen Lokalpolitiker, die die im Vergleich dazu wenigen Euros nirgends loseisen, die für Sozialtickets zum Nulltarif gebraucht werden, die kommunales Personal ohne Sinn und Verstand abbauen, die Arbeitslose in Ein-Euro-Jobs abschieben und die Ausgaben sperren für den eben beschlossenen Haushalt beschließen.

Weiter

- *Es ist genug: Schluss damit – keine weiteren Steuer-gelder für das "3do"!*
- *Es scheint vollbracht: Das Monster wird abstürzen, das Begräbnis wird organisiert, die Leichenreden werden geschrieben, die Rücktritte werden akzeptiert.*
- *Der lange Alptraum wäre beendet, eine Stadt könnte aufatmen – lasst uns feiern!"*

Zitat Ende.

Es ist vollbracht. Das Monster ist abgestürzt. Das Begräbnis ist organisiert, ohne großes Aufsehen, anonym und ohne Stein. Die Leichenreden sind geschrieben und in aller Stille gehalten, eigentlich wollte ja sowieso niemand das Ding. Die Rücktritte würden akzeptiert - die Herren im Vorstand haben die Sache aber immer nur moderiert, waren stets nur Briefträger, warum sollten sie da zurücktreten? Der lange Alptraum ist beendet, die Stadt kann aufatmen. Bleibt nur die Frage: Wer organisiert das Fest?

Mein Gefühl ist nicht Schadenfreude, nicht Hohn und Spott für die gescheiterten Macher und auch nicht Stolz und Freude am Sieg in der Sache. Das Ungetüm über dem Hauptbahnhof ist nicht abgestürzt, weil unsere radikale Opposition im Rat und die sozial und ökologisch und kulturbewusst denkenden Menschen in der Stadt es unaufhörlich kritisiert haben. Es ist gescheitert, weil es ein unvernünftiges Projekt war, selbst in der kruden Logik des neoliberalen Kapitalismus durch und durch unvernünftig. Der Absturz ist nicht unser Sieg - er ist die Niederlage der Fraktionen und der Verwaltungsspitze, die sich mit dem Ungetüm auf Gedeih und Verderb verbunden hatten und bis zuletzt bereit waren, aber auch alles für die Renditeerwartungen des Spekulanten zu tun. Obwohl sie es besser wissen mussten.

Bahn und Stadt, Bürger/innen und Reisende können froh sein, dass das Ungetüm noch vor Baubeginn abgestürzt ist und das nicht erst mittendrin oder gar erst nach der Eröffnung tun würde. In diesem Sinn hat das Desaster sogar noch ein Gutes - es hätte noch viel schlimmer kommen können. Vielleicht treten die Herren im Vorstand ja deshalb nicht zurück! Morgen werden sie erklären, sie hätten die Stadt gerettet.

Genug der Rückschau – wie sähe unser Blick nach vorn aus?

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" sagt: Der Absturz des "3do" muss als schlüssige Niederlage der bisherigen Stadtentwicklungspolitik erkannt und als Ansatz zu einer Umkehr genutzt werden:

- Schluss mit dem bewusst kalkulierten Realitätsverlust gegenüber den lokalen und regionalen Ökonomien und Sozialstrukturen,
- Schluss mit den bewusst defizitär und unfinanzierbar ausgestatteten Leuchttürmen und Events in der überkommenen Standortlogik,
- Schluss mit der bewussten Enteignung des Öffentlichen durch Privatisierungen und das Fördern exaltierter privater Renditeerwartungen,
- Schluss mit der bewussten Entmachtung des Öffentlichen durch das Aufgeben der eigenen Entwicklungs- und Gestaltungskompetenz,
- Schluss mit dem bewussten sozialen Spalten und Ausgrenzen, das immer mehr Menschen von existenzsichernder Erwerbsarbeit ausschließt,
- Schluss mit dem bewussten kulturellen Dumping und Kahlschlag, der immer mehr Menschen von aktiver kultureller Teilhabe ausschließt,
- Schluss mit dem bewussten Vernachlässigen des öffentlichen Raums und dem Verweigern der freien Mobilität für alle Stadtbewohner/innen.

Damit bin ich wieder beim Hauptbahnhof: Wir sagen Schluss mit der bisherigen Politik, die zehn Jahre lang bewusst verhindert hat, dass unsere Stadt einen funkti-

onstüchtigen, technisch einwandfreien, schönen, einfach einen richtigen Hauptbahnhof bekommt! Endlich darf und muss er kommen!

Wir plädieren für eine menschenfreundliche Stadt anstelle des Spielplatzes für Spekulanten, für sinnvolle und existenzsichernde Arbeit für alle anstelle ALG2 und Hartz I,II, III und IV, für sozialen Ausgleich anstelle sozialer Spaltung und Ausgrenzung, für Gleichberechtigung in allen Feldern anstelle althergebrachter Hierarchien, für qualifizierteste Bildung und Ausbildung für alle anstelle zynischen Zuteilens von Lebenschancen, für umfassendste und allen zugängliche Kultur anstelle zugeteilter Luxus-events und Armutsprogramme, für demokratische Beteiligung aller anstelle der hiesigen Politik nach Konzernherrenart.

Der Mensch gehört in den Mittelpunkt, nicht der Mammon.

Nachbemerkung: Die Frage nach den Kosten des Scheiterns der zwei Fünf-Jahres-Pläne wurde nicht beantwortet.

Geplante Änderungen des Kommunalverfassungs- und Kommunalwahlrechts

SPD/Grüne hatten eine populistische Resolution gegen die von der Landesregierung geplanten Gesetzesänderungen vorgelegt, die nach Debatte angenommen wurde.

Wortmeldung: Eine Vorbemerkung: Wir unterstützen die Forderungen und Vorschläge der Beschäftigten in den kommunalen Betrieben und von ver.di und von anderen Gewerkschaften sowie ihre Proteste hier im Haus und draußen, die ich ausdrücklich begrüße – sie rühren an einen zentralen Kern der Lebensbedingungen in der Stadt.

Ich werde hier nur die geplanten Änderungen zum §107 behandeln.

Wir beobachten, wie die Gegner kommunaler Selbstbestimmung den Kommunen immer näher rücken. Wir waren es gewohnt, dass weit weg in der EU eine Politik der Deregulierung die öffentlichen Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten in den Mitgliedsländern bis zur Selbstaufgabe einschränkt, was bis in die untersten Ebenen öffentlicher Politik in Europa durchgreift. Wir waren es auch gewohnt, dass die Bundespolitik die Kommunen im Land kujoniert, finanziell ausblutet und ihre Spielräume, besser die Erfüllung ihrer lebensnotwendigen Aufgaben einengt bis in die Nähe der Handlungsunfähigkeit. Nun tut die Landesregierung ein Übriges und setzt mit der geplanten Änderung der Kommunalverfassung die große Säge an die Wurzeln kommunaler Handlungsfähigkeit und –kompetenz. Noch näher rücken können die öffentlichen Gegner kommunaler Selbstbestimmung nur noch, wenn sie in Rat und Verwaltung selbst hocken.

Die geplanten Einschränkungen kommunaler Handlungsmöglichkeiten sind ja im geplanten Ergebnis nichts anderes als der Versuch weiterer Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlichen Arbeits- und Dienstleistungsvermögens – das ist eine Enteignung des kollektiven Eigentums der Stadtbewohner/innen zugunsten privater Gewinninteressen. Die Rede ist dann immer von den Interessen des bürgerlichen Mittelstands - wie der Lauf der neoliberal dominierten Welt so ist, sind es aber unversehens häufig die großen und oft sehr fremden Interessen, die sich durchsetzen.

Nebenbei: Die Gewinne, die privat herausgezogen und realisiert werden, weil die Privaten einerseits Möglichkeiten bekommen, die Beschäftigten extra auszubeuten und weil sie andererseits Produkte und Dienstleistungen mit extra Profiten verkaufen – das Geheimnis sind stets das auspresserische Verhältnis zwischen Leistung und Gebühr sowie der Abbau von Qualitäten und Qualifikationen.

Die Folgen der geplanten gesetzlichen Änderungen werden unweigerlich sein:

- weiterer Personalabbau in den kommunalen Betrieben, in allen örtlichen Amtsstuben, Kliniken, Verkehrs- und Ver- und Entsorgungsbetrieben, Schulen, Kitas, Schwimmbädern, Bibliotheken usw. usf.,
- zunehmende Arbeitsverdichtung und -hetze in allen Tätigkeitsfeldern und anwachsend katastrophische Verhältnisse in Bereichen, die von niemandem draußen als profitabel eingeschätzt werden,
- eine brutale Wettbewerbsspirale in den Beschäftigungsstrukturen, die sich nach ganz unten drehen und auch vor keiner Arbeitsverpflichtung à la Hartz und "3. Arbeitsmarkt" zurückschrecken wird,
- weiterer Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Sozialabbau durch das Aushöhlen der kommunalen Handlungsmöglichkeiten und damit auch der entwickelten Kompetenzen in diesem Sektor,
- weiterer Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsabbau durch das Aushöhlen der kommunalen Handlungsmöglichkeiten und damit auch der entwickelten Kompetenzen in diesem Sektor
- usw. usf.

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" tritt in allen Punkten ohne wenn und aber für das genaue Gegenteil ein:

- für den Erhalt und den Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der Kommunen,
- für den Erhalt und den Ausbau der kommunalen Gestaltungskompetenz,
- für eine verfassungsgemäß ausreichende finanzielle Sicherung der Kommunen,
- für das grundsätzliche ethische Prinzip: Gemeinschaftliches Interesse vor privatem! Oder populistisch ausgedrückt: Staat vor Privat! Oder philosophisch skizziert: Sozialismus statt Kapitalismus!

Der Beschlussvorlage von SPD/Grünen stimme ich in dem von Kollegen Stammnitz vorgetragenen Umfang zu - ohne Illusionen, was die Verfasser/innen und ihre Ernsthaftigkeit und Standfestigkeit in der Sache anbetrifft, ich erinnere mich eines Versuches 1999, die Gemeindeverfassung in diesem Sinn zu verändern, was damals am Widerstand der Beschäftigten und der Gewerkschaften scheiterte.

So wird es diesmal hoffentlich auch wieder sein.

Anfragen und Antworten

Personalpolitik – Haushalt 2008/Verwaltung 2020

Anfrage: ... es wird in den Lokalmedien berichtet, dass im Rahmen der Haushaltsplanungen für 2008 strukturelle Überlegungen Platz greifen, die über die Arbeitsplätze abbauende Konzeption "Verwaltung 2020" weit hinausreichen. Ziel soll es sein, das dort geplante Volumen der Arbeitsplatzvernichtung noch zu erhöhen und die dafür vorgesehene Zeitplanung noch zu verkürzen.

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Ist es richtig, dass die Ämter beauftragt worden sind, je 1% der Personalstellen in ihren Bereichen zu streichen? Wenn ja, welche Kriterien werden dafür angewandt und welche Dienstleistungen werden damit entweder ganz gestrichen oder bearbeitungsmäßig noch weiter verdichtet?

2. Ist es richtig, dass Eigenbetriebe - deren Bildung wir stets kritisiert hatten - wieder in den Kernbereich der Verwaltung zurückgeholt werden sollen und dass dabei ca. 8 Millionen Euro eingespart werden sollen? Wenn ja, welche personellen Folgen im Einzelnen werden erwartet?

3. Ist es richtig, dass die Verwaltung im Vorgriff auf ange deutete gesetzliche Neuerungsabsichten im Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit – Einführung eines so genannten "Dritten Arbeitsmarkts", richtiger "Beschäftigungsmarkts" auf Ein-Euro-Niveau – bereits deren Einsatz plant? Wenn ja, welche Bereiche sind dafür konkret vorgesehen und welche personellen Folgen im Einzelnen werden erwartet?

4. Welche Aufnahmefähigkeit für diesen Beschäftigungsmarkt sehen Sie im "Konzern Stadt" selbst und welche Erkenntnisse liegen Ihnen über die Aufnahmefähigkeit des sozialgewerblichen Sektors vor?

5. Sie haben stets den Zusammenhang der "Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten" mit regulären Arbeitsplätzen verneint, zuletzt in den o.a. Antworten im Rat. Ohne Illusion frage ich trotzdem: Welche Verdrängungsprozesse gegenüber den Arbeitsplätzen der im "Konzern Stadt" Beschäftigten werden mit der Aufnahme des geplanten Instruments "Dritter (Arbeits-) Beschäftigungsmarkt" in die Personalpolitik geplant, eingeleitet und mit welchen Ergebnissen und Folgen im einzelnen umgesetzt?

Antwort: ... zur oben bezeichneten Anfrage nehme ich wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Es ist nicht richtig, dass die Ämter beauftragt worden sind, zusätzliche 1% der Personalstellen in ihrem Bereich zu reduzieren. Im Rahmen der gesamtstädtischen Zielvorgaben zur Haushaltskonsolidierung ist beabsichtigt, bereits im Haushaltsjahr 2008 die Personalaufwandsbudgets um 1 % zu senken. Dafür soll die Vorgabe für das Haushaltsjahr 2009 auf 1,5 % reduziert werden.

Außerdem verweise ich auf meine Antwort (Drucksache Nr.: 06191-06-E1, Rat 28.09.06) zu Ihrer Anfrage vom 31.08.2006 – „Personalentwicklung im Konzern Stadt Dortmund – Verwaltung 2020“.

Zu Frage 2: Hierzu verweise ich auf die Ratsvorlage (Drucksache Nr.: 07851-07, Rat 29.03.07) zur Reintegration der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen „Städtische Immobilienwirtschaft“ und „Dortmunder Systemhaus“ in den NKH.

Zu Fragen 3 bis 5: Die Rahmenbedingungen und Förderkonditionen sowie Zielgruppen und Laufzeit für einen sog. „Sozialen Arbeitsmarkt“ werden bundespolitisch noch eingehend diskutiert. Es zeichnen sich z.Z. noch keine einheitlichen Eckpunkte ab, sodass konkrete Planungsüberlegungen zur Anwendung und Förderung bei der Stadt Dortmund noch nicht vorgenommen werden können. Solange insbesondere zu den möglichen Zielgruppen noch keine Aussagen getroffen werden, können auch mögliche Arbeitsbereiche nicht geplant werden.

Kommentar: Wieder einmal zeigt die Antwort, wie wenig eine Antwort aussagen muss, um vom Oberbürgermeister unterschrieben zu werden. Nichts sagen ist nicht gleichbedeutend mit nichts tun – insgeheim wird der "dritte Arbeitsmarkt" als zynische Verlängerung der Ein-Euro-Jobs von Politik und Verwaltung vorbereitet, damit er hier sofort "im Schweinsgalopp" eingerichtet werden könnte.

"Grand Hotel Dortmund"

Anfrage: ... der private Investor "Yellow Mile GmbH" hat auch ein Jahr nach der Übernahme des altherwürdigen Verwaltungsgebäudes der "Brau und Brunnen" das angekündigte Vorhaben nicht realisiert (WAZ am 10.03.07). Das Bauwerk sollte innerhalb von drei Monaten schon zur Fußballweltmeisterschaft als Grand Hotel Dortmund betriebsbereit sein. Dies musste fachlichem Verstand sofort als unter korrekten Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren undurchführbar gelten. Entsprechend chaotisch und in Teilen irregulär verlief das Vorhaben, worauf ich mehrfach hingewiesen habe.

Weiter

Das zuständige Dezernat hatte alles versucht, das Undurchführbare zu ermöglichen, weil: "Die Stadt Dortmund nimmt an dem Projekt 'mittelstandsfreundliche Verwaltung' teil. Ein Kriterium ... ist es, den Bauantrag eines mittelständischen Betriebes, um einen solchen handelt es sich hier, innerhalb von 40 Arbeitstagen zu genehmigen. ..." (Dezernent Sierau schriftlich am 23.08.06 im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestalt und Wohnen auf meine Anfrage vom 16.07.06).

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. In welcher Gesellschafts-Konstruktion trat und tritt der Investor/Betreiber des Grandhotels auf?
2. Handelt es sich bei dem Invetor/Betreiber/Grandhotel um einen "mittelständischen Betrieb"?
3. Welche fachlichen Kompetenzen – mit Blick auf das Bauen und das Hotelführen – sind gegeben?
4. In welchem Terminablauf sind die erforderlichen Genehmigungen konkret erteilt worden?
5. Sind die erforderlichen Abnahmen bau-, feuerschutz- und gewerberechtllicher Art beantragt und durchgeführt worden?
6. Ist die Angabe des Investors/Betreibers korrekt, dass der Betrieb den Namen "Grand Hotel Dortmund" tragen soll? Wenn ja, ist der "Konzern Stadt Dortmund" in irgendeiner Weise damit befasst gewesen und welche Qualitätskriterien sind dafür gefordert?
7. Halten Sie es stadtentwicklungspolitisch für angemessen, einen solchen Titel hier zu vergeben, oder es zuzulassen, dass er hier in Anspruch genommen wird?

Antwort: ... Zu 1. Bauantragssteller, d.h. Bauherr in bauordnungsrechtlicher Hinsicht, ist die Yellow Mile GmbH. Der Investor bzw. Betreiber des Hotels ist dem Bauordnungsamt nicht bekannt.

Zu 2. Bei Eingang am 13.04.2006 wurde der Bauantrag der Yellow Mile GmbH durch das Bauordnungsamt in die Anträge von mittelständischen Unternehmen eingruppiert und entsprechend behandelt. Mittelständische Unternehmen sind laut Definition der Europäischen Union kleinere und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und weniger als 50 Mio. Jahresumsatz bzw. weniger als 43 Mio. Bilanzsumme. Das Unternehmen darf keiner Gruppe verbundener Unternehmen angehören bzw. nur einer Gruppe verbundener Unternehmen angehören, die die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt. Die Angabe, ob der Investor oder der Betreiber des Hotels zu den mittelständischen Unternehmen gezählt werden kann, kann nicht gemacht werden.

Zu 3. Der gestellte Bauantrag ist hinsichtlich der Verfahrensart zu den Anträgen zu zählen, welche von bauvorlageberechtigten Architekten gestellt werden müssen. Der

Bauablauf ist von Bauleitern bzw. Fachbauleitern für den Brandschutz zu begleiten. Alles trifft für vorliegenden Fall zu. In Bezug auf das Hotelführen bestehen keine gesetzlichen Regelungen, die in den Zuständigkeitsbereich des Bauordnungsamtes fallen.

Zu 4. Am 13.04.06 ging der Antrag ein. Nach der bauordnungsrechtlichen bzw. bauplanungsrechtlichen Prüfung und Beteiligung der einzelnen Fachämter wurde am 08.05. 2006 zunächst eine Teilbaugenehmigung ausschließlich für die Errichtung der Leichtbauwände und der abgehängten Decken (Trockenbauarbeiten) erteilt. Nachdem entsprechende Bauvorlagen eingereicht wurden, wurde die Baugenehmigung schließlich am 27.06.2006 erteilt.

Zu 5. Die von Amts wegen durchführbaren Bauüberwachungstermine in bauordnungsrechtlicher und brandschutztechnischer Hinsicht wurden an bisher insgesamt acht Terminen, und zwar am 11.05.06, 18.05.06, 06.06.06, 19.06.06, 05.07.06, 30.08.06, 11.10.06 und am 17.01.07 durchgeführt. Im Rahmen des Antragsverfahrens wurde u.a. das Ordnungsamt beteiligt. Bedenken oder Auflagen wurden nicht vorgetragen, insofern ergab sich kein Erfordernis für gewerberechtlliche Abnahmen.

Zu 6. Der Antragstitel lautet: „Umnutzung zu einem Hotel“. Andere Titulierungen traten im Bauantragsverfahren nicht auf.

Zu 7. Hierüber kann, wie oben beschrieben, keine Aussage gemacht werden.

Kommentar: Investor und Betreiber eines "Grandhotels Stadt Dortmund" sind nicht bekannt, aber als "Mittelstand" werden sie eingestuft. Es können keine Aussagen gemacht werden ... Inkompetenz auf der ganzen Linie.

Kosten des Scheiterns der Bahnhofsüberbauung

Anfrage: (siehe auch Seite 1) ...

- 1 Welche Kosten hat der "Konzern Stadt Dortmund" für die Planungen und sonstigen Vorbereitungen der gescheiterten Bahnhofsüberbauung und des Umfelds insgesamt aufgewandt?
- 2 Welche Anteile an diesen Aufwendungen haben andere öffentliche Haushalte übernommen? Welche anderen öffentlichen Haushalte haben zusätzlich zu diesen Aufwendungen welche Kosten gehabt?
- 3 Welche Ämter und Personen tragen Verantwortung für die kostenträchtigen Planungen und sonstigen Vorbereitungen für die Bahnhofsüberbauung und auf welche Weise werden die Verantwortlichen am Ausgleich der Verluste beteiligt?
- 4 Welche politischen Konsequenzen für die Fehlplanung und -entwicklung werden von wem – etwa von Ihnen und von dem zuständigen Dezernenten - gezogen?

Bisher keine Antwort

Linkes Bündnis Dortmund lädt zur Diskussion ein:

Bedingungsloses Grundeinkommen - die richtige Utopie?

Einleitung Sturmi Siebers, u.a. Mitglied des Sozialforums Dortmund

Am Dienstag, den 24. April 2007, um 19.00 Uhr im Z*

Die Diskussion über die Forderung nach einem „Bedingungslosen Grundeinkommen für alle ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung“ findet zur Zeit eine starke Verbreitung. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wird nicht nur von Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen, sondern auch von Unternehmern wie Götz Werner (Drogeriemarktkette „dm“), Vertretern der Gruppe „Freiheit statt Vollbeschäftigung“, dem „Netzwerk Grundeinkommen“ und auch Teilen der Linkspartei.PDS vertreten.

Kann ein bedingungsloses Grundeinkommen die Lösung schlechthin sein, angesichts von Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und sprunghaft steigender Armut und Ausgrenzung? Kann es der Hebel zur Transformation des Kapitalismus in eine solidarische Gesellschaft sein, wie einige Linke meinen?

Was ist der Hintergrund? Was ist der Vorschlag? Was wird eine Realisierung bringen? Was fasziniert an der Sache so sehr, dass auch gestandene Linke in ihm die Zukunft entdecken?

Nachtrag zur Sitzung des Rats am 15. 02.

Stellungnahme zur beabsichtigten Wahl des Dezernenten Sierau zum Stadtdirektor

Wenn es Posten zu verteilen gibt, wird in einer Klausurtaugung fern der Heimat beraten, wer den Job kriegt. In dieser Stadt macht das die SPD und seit längerem tragen die Grünen jeden Vorschlag mit. Manchmal dürfen sie auch selbst Klausur machen und jemanden vorschlagen. Je dicker der Job, desto sozialdemokratischer allerdings der Jobber. Soweit ist das nichts Neues. Wäre die CDU dran, zusammen mit der FDP zum Beispiel, würde sie es nicht anders machen.

In der Klausur ging es um Männer, nicht um die Sache. Wäre es um sie gegangen, hätte man darüber nachdenken müssen, welches das für die Menschen in der Stadt wichtigste Dezernat ist und hätte auf das Sozialdezernat kommen können. Innerhalb der SPD soll es größeres Geringel um den Posten gegeben und ihre lokalen Führungskräfte sollen nicht gewonnen haben. Das signalisiert neue Risse im alten Beton. Es soll das Problem der SPD bleiben.

Unser Problem als Mitglieder des Rates der Stadt ist, dass mit Herrn Sierau dasjenige Dezernat noch eins höher klettern soll, das für sozial und kulturell ignoranten Planen und Umsetzen und für Abblocken jeder Kritik steht. Suchte ein Filmemacher einen Darsteller, der die Figur des neoliberalen Erfüllungsgehilfen privater Gewinninteressen an der Stadt spielen soll, einen überzeugenderen Typus könnte er nicht finden. Ein solcher Aufstieg wäre sachgerecht.

Wie Sie wissen, bin ich nicht in Gefahr, private Einflüsse auf die Stadtentwicklung im Kapitalismus zu unterschätzen und die Möglichkeiten kommunalen Planens zu überschätzen. Das Dezernat allein kann weder etwas für die paar Glanzlichter in der Stadt noch für ihre vielen dunklen Seiten, auch ohne diese Leitung des Dezernats wäre die Stadt krank. Der Glaube an Wachstum ohne Ende vergiftet sie allerdings weiter.

Wofür die Leitung des Dezernats etwas kann, sind Fehleinschätzungen, aufgrund derer der Verwaltungsapparat, die politischen Gremien und die Öffentlichkeit mit Planungen befasst wurden, von denen viele besser gleich zu den Akten gelegt worden wären. Von einigen sind ohnehin nur Pläne, Modelle oder Ruinen übrig. Manches droht noch realisiert zu werden. Wichtiges wird gar nicht angefasst.

Wofür die Leitung des Dezernats etwas kann, ist die

Respektlosigkeit vor der Stadt als dem Lebensraum ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Stadt begründet und prägt die Existenz ihrer Bürgerinnen und Bürger, sie ist ihr politischer, sozialer und kultureller Aufenthalts- und Bewegungsraum, sie trägt historische und ästhetische Bedeutungen für sie. Es ist diese Respektlosigkeit, mit der hier jede Schnapsidee verfolgt wird - und sei sie wie das UFO vor mehr als zehn Jahren auf einer Segelyacht geboren, mit oder ohne Genever. Wenn sie nur verspricht, ein Gesprächsgegenstand auf Immobilienmessen zu werden - eigentlich egal, ob im Positiven oder im Negativen. Etwas bleibt hängen und nützt der Karriere.

Wofür die Leitung des Dezernats etwas kann, ist das Außerachtlassen der wachsenden Zahl benachteiligter Menschen in der Stadt, der Arbeitslosen und Armen, ihrer Kinder, der Jugendlichen, der Frauen. Übrigens rutschen auch immer mehr "ordentlich Arbeitende" in eine nicht existenzsichernde Lage und damit aus dem Blickfeld des Planers.

Wofür die Leitung des Dezernats etwas kann, ist das Missachten jeder kritischen Debatte hinter der hoch gehaltenen Fahne "demokratische Beteiligung" in Konsens-, Insekt- und Mitspielrunden. Die auf Dauer Betroffenen kommen darin in der Regel nicht vor. Manche suchen später die Gerichte. Ernsthafte Kritik, von welcher Seite auch immer, wird niedergemacht.

Und wofür die Leitung des Dezernats etwas kann, ist schließlich das unsägliche Eigenlob, das noch im Angesicht von Fehlentwicklungen motorisch deklamiert: Von draußen, aus anderen Großstädten in Deutschland, in Europa und der Welt gucken alle darauf, wie toll Dortmund "aufgestellt" ist. Da passten sie gut zusammen, dieser mögliche Stellvertreter und sein Chef.

Die Bilanz ist negativ. Die funktionale und soziale Polarisierung in der Stadt hat sich in den vergangenen Jahren beschleunigt, die zunehmende Verschuldung des kommunalen Haushalts spricht eine eigene Sprache, das Gesicht der Stadt ist konturlos. Planerisch wurde dieser Prozess eifertig begleitet und im Mainstream schwimmend befördert. Wenn solches Politikverständnis jetzt noch weiter nach oben durchgereicht wird, steht es nicht gut um Politik und Verwaltung der Stadt. Und um die Stadt erst recht nicht.

Dies ist das eigentliche Signal gegenüber der Öffentlichkeit, die mehr sieht und hört als Sie vermuten. Der Rat kann ein Gegensignal zur neoliberalen Politik der Entwertung des Gemeinwesens setzen und diese Beförderung ablehnen. Dazu ermuntere ich Sie quer durch die Fraktionen.

Medienerklärung am 5. April:

Lokal-Redaktionen unter Druck:

Verleger planen Verkleinerung, Zusammenlegung, Schließung

Nach den Ruhr Nachrichten in der Fläche jetzt die WAZ in der Stadt – die alarmierenden Meldungen häufen sich und ähneln sich: lokale Redaktionen sollen billiger arbeiten oder sie werden geschlossen.

Die Diagnose der Verleger ist simpel: die Menschen in der Region und auch die in der großen Stadt verarmen zusehends, die Lesenden können sich in ihrer Mehrheit lokale Zeitungen immer weniger leisten, Abonnements und Kioskverkauf brechen weg, Einnahmen sinken, Gewinne schwinden. Da muss die einfache Lösung her: Konzentrieren, Personal abbauen, Leistung mindern, Vielfalt ersetzen durch Einfachheit. Dazu Dumping in Arbeitsbedingungen, Arbeitsprozess und Arbeitsergebnissen, das ganze Repertoire der Sanierer - im Ergebnis hilflos und unausweichlich zur Vertiefung des Provinzialismus führend. Eine andere Idee haben die Verleger nicht. Ihre Sonntagsreden zur Bedeutung der Medien, zu Pressefreiheit und hoher Verantwortung usw. – da war Feiertag,

jetzt ist Alltag.

Dass WAZ und WR in Dortmund bereits unter ein Kommando genommen und damit inhaltlich nahe aneinander gerückt worden waren, erleichtert den geplanten Coup, macht ihn aber deshalb nicht akzeptabler. Der lokalpolitische Bedarf an differenzierter Information und unterschiedlicher Meinung verträgt keine weiteren Schläge, ohne noch größeren Schaden zu nehmen. Es geht durchaus um die Substanz dessen, was immer so hoch gehalten wird: um Demokratie vor Ort.

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" protestiert gegen das profitbestimmte Einschränken lokaler redaktioneller Arbeit in der Region und in der Stadt. Widerstand ist angesagt – wo er sich entwickelt, kann er sich unserer Unterstützung sicher sein. Unsere Solidarität gilt den betroffenen Text- und Bild-Journalist/innen, den übrigen Mitarbeiter/innen und ihren Gewerkschaften dju und ver.di.

Flugblatt für den

Ostermarsch Rhein-Ruhr 2007

„Unsere oberste Priorität bleibt Abrüstung, nicht Aufrüstung. Wir wollen kein neues Wettrüsten in Europa!“

Außenminister Steinmeier in der FAZ

Solchen in Sonntagsreden wohlfeilen Beschwörungen folgen allerdings umgehend ganz andere Taten: Obwohl mehr als 70 % der bundesdeutschen Bevölkerung einen Einsatz von Tornados ablehnen und obwohl mehr als 80 % gegen Kampfeinsätze in Afghanistan sind, beschloss der Bundestag die Entsendung von Tornados zur Unterstützung der sogenannten "Frühjahrsoffensive" der NATO in Afghanistan.

Seitdem fliegen täglich zwei Frachtmaschinen mit mehreren hundert Tonnen Material für den Tornado-Einsatz aus Deutschland nach Mazar-el-Sharif.

Allerdings zeigen die Gegenstimmen von 151 Bundestagsabgeordneten, dass die Schwierigkeiten der Kriegstreiber wachsen.

Hinter den Kulissen arbeiten daher bereits Koalitionäre von SPD und CDU an einer weiteren Entmachtung des Bundestags bei Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

Zur Not ist aber auch immer noch auf das Bundesverfassungsgericht Verlass: Der Eilantrag der Linksfraktion, den Bundestagsbeschluss für nicht rechtmäßig zu erklären, wurde – war es anders zu erwarten? – abgelehnt. Die Verlegung der Tornados hat inzwischen begonnen.

Aber auch in der Truppe zeigen sich, wenn bisher auch nur vereinzelt, endlich Verweigerungstendenzen. Die Aussicht, zwar auf einem schönen neuen Heldenkmal verewigt zu werden, zuvor aber im Zinksarg in die Heimat zurücktransportiert worden zu sein, ist eben nicht sehr verlockend.

"Angesichts der sozialen Herausforderungen muss der Rüstungsetat rigoros zusammengestrichen werden, um die finanziellen Mittel zu erlangen, die notwendig sind, um Deutschland als Sozialstaat zu erhalten. Unser Sozialstaatsmodell wird dann nicht am Hindukusch, sondern in Kindergärten, Schulen und Hochschulen verteidigt! Und die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft erfordern mehr Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit und nicht neue Flugzeuggenerationen oder ein Umstellen der Rüstung auf Einsätze irgendwo in der Welt."

Guntram Schneider, DGB-Bezirksvorsitzender NRW

Kriege beenden! Spart endlich an der Rüstung!

V.i.S.d.P.: Doris Vorderbrügge für Linkes Bündnis Dortmund

Rede der SDAJ Dortmund bei der Abschlussveranstaltung Ostermontag in Dortmund

Daniel Zimmermann:

Liebe Freundinnen und Freunde des Ostermarsches,
Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner,

mit dem Tornado-Einsatz hat die Kriegsbeteiligung Deutschlands in Afghanistan eine neue Stufe erreicht. Noch weiter als bisher verwickelt sich die Bundeswehr in den verbrecherischen Krieg gegen die afghanische Bevölkerung.

Und Afghanistan ist nur ein Ausschnitt dessen, was die Bundesregierung anstrebt: Nämlich, in immer mehr Kriegen der Welt im Interesse der deutschen Wirtschaft

Politik in Not:

Wenn immer mehr Menschen begreifen, dass die schwarz-rot-grün-gelben Regierungsvarianten Politik gegen den Willen und gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung betreiben und dies nicht nur bei Gesundheits-, Renten-, Arbeitsmarkt- und anderen sogenannten "Reformen", sondern gerade bei weiterer Aufrüstung, bei Militarisierungsplänen und Kriegseinsätzen, dann muss diese Politik besser "kommuniziert" werden: Die FAZ erklärte vorausschauend schon im August letzten Jahres, welches "die größte Aufgabe, die die deutsche Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren vor sich hat", sei, nämlich "eine pädagogische, eine ins Innere gerichtete: die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenige andere Länder."

Also: Kein Gesäusel mehr von "humanitären Einsätzen" und von "friedentiftenden Maßnahmen", sondern Klartext: Es geht um die weltweite Absicherung imperialistischer Interessen. Und da will Deutschland an vorderster Front dabei sein.

Und wenn "das Kommunizieren" nicht gelingt? Wenn Protest und Widerstand gegen die Politik der Herrschenden wachsen?

Sogar die Financial Times Deutschland befürchtet, dass "aus dem Afghanistaneinsatz eine ernste Legitimationskrise des Parlaments" werden könne und fragt sich, merkwürdig hellsichtig, "ob es dann nicht viel preiswerter wäre, den Militärzinn ober gleich ganz einzusparen."

Das ist es! Fangt sofort damit an!

und Politik mitzumischen. Dafür bauen sie seit Jahren die Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee um.

Für die Umsetzung dieser militärischen Expansionspolitik werden Jugendliche gezielt als Kanonenfutter angeworben. Während Politiker aller Couleur das Verbot von „Killerspielen“ fordern, darf in Schulen für Killerberufe agitiert werden. Immer stärker versucht die Bundeswehr, Inhalte und Themen der Armee in den Unterricht einzubringen, z.B. durch kostenloses Unterrichtsmaterial. Überschrieben sind diese Materialien z.B. mit „Wege zum Frieden“, „Verantwortung tragen“ sowie „Frieden schaffen“. Die Materialien nehmen Lehrern alle kleinen Schritte der Unterrichtsplanung ab und sind sehr professionell gemacht.

Weiter

Immer häufiger kommen BW-Angehörige auch selbst in die Schulen oder laden Schulklassen in Kasernen ein. Dabei arbeitet die BW meist eng mit der Lehrerschaft zusammen. Bereits Lehramtsanwärter werden militärisch geschult, z.B. gibt es in Thüringen Jugendoffiziere als Dozenten am Institut für Lehrerbildung. Diese unterrichten die künftigen Klassenlehrer aus den Fächergruppen Gemeinschaftskunde, Geschichte und Ethik.

Was sind Jugendoffiziere? Jugendoffiziere sind psychologisch geschulte Soldaten, die das Ziel haben, Jugendliche von der Kriegspolitik der BRD zu überzeugen. Allein im letzten Jahr waren die Jugendoffiziere auf über 11.000 Veranstaltungen, um Jugendliche mit ihrer Propaganda zu beeinflussen: In Berufsinformationszentren, auf Messen, Volksfesten und v.a. an Unis und Schulen.

Bei der Ansprache von Jugendlichen setzt die Bundeswehr vor allen anderen Aspekten auf die angebliche „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ beim Bund – zynischer kann man kaum sein... Der Schwerpunkt der Agitation liegt somit vor allem auf jungen Arbeitslosen. Nach Angaben der BW wächst wegen der weit verbreiteten Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen die Bedeutung der Bundeswehr als staatlicher Ausbilder. Die Bundeswehr profitiert also direkt von der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausbildungsplatzmangel.

Sie wirbt mit Slogans wie „Du suchst Zukunft? Wir bieten sie“ oder „Die Bundeswehr – jung dynamisch und effektiv – eines der größten Ausbildungsunternehmen Deutschlands“ oder „Berufsgarantie bei der BW – Nutzen sie ihre Chance“. Diese Angebote klingen erstmal ziemlich attraktiv, vor allem für Jugendliche, denen quasi jede andere berufliche Perspektive verbaut wird. So geben 70 % aller Bewerberinnen und Bewerber bei der Bundeswehr an, sie aus Gründen der Arbeitsplatzsicherheit auszuwählen!

Natürlich ist die BW weder im Ausland noch im Inland ein Sozialwerk. So kann es eigentlich niemanden überraschen, dass die Bundeswehr im Gegenzug einiges von den Rekruten verlangt.

Zunächst: Ausbildung gibt es natürlich nur als Soldat oder Soldatin, also nicht ohne Teilnahme an der kämpfenden Truppe. Jugendliche, die eine Ausbildung beim Bund beginnen, müssen sich für mindestens 8 Jahre als Soldat verpflichten, für einige Ausbildungsgänge sogar für 12 Jahre. Entscheidend ist aber, dass sich alle Auszubildenden verpflichten, für mindestens 1 Jahr in einen Auslandseinsatz zu gehen. Derzeit kommt fast keiner der Auszubildenden beim Bund um den Auslandseinsatz herum. Die Wahrscheinlichkeit, im Ausland stationiert zu werden, ist extrem hoch und steigt weiter. Dann bleibt nur die Hoffnung, dass man in einen vergleichsweise sicheren Auslandseinsatz kommt und nicht z.B. nach Afghanistan.

Auch die Bundeswehr geht davon aus, dass die Zahl der im Auslandseinsatz getöteten deutschen Soldaten in den kommenden Jahren drastisch steigen wird. Aber die Bilanz ist auch jetzt schon erschreckend: Bis heute sind offiziell 65 Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen, zahlreiche wurden dabei verletzt und immer mehr Soldaten werden durch Auslandseinsätze traumatisiert.

Alle diese Nachteile sind aber den Jugendlichen entweder nicht vollständig bekannt oder aber sie nehmen sie notgedrungen aus Mangel an beruflichen Alternativen hin.

Die Rekrutierungen nimmt die Bundeswehr im Übrigen nicht allein vor, sondern in enger Kooperation und mit erheblicher Unterstützung der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Immer wieder gibt es Veranstaltungen zur Anwerbung von Arbeitslosen, die gemeinsam vom Arbeitsamt und der Bundeswehr organisiert werden. In Essen ist sogar eine Außenstelle des Zentrums für Nachwuchsgewinnung der BW direkt in die Räumlichkeiten der Arbeitsagentur gezogen.

Die Sorge der Armee – angesichts einer steigenden Zahl eigener Opfer in den Auslandseinsätzen – in den kommenden Jahren nicht mehr genug Auswahl an „Freiwilligen“ zu haben, nimmt dennoch zu. Deshalb wird seit langem auch über die Möglichkeiten zur Zwangsrekrutierung für die Armee nachgedacht.

Heute werden bereits v.a. jugendliche Hartz-IV-Empfänger dazu verpflichtet, jede "zumutbare" Arbeit anzunehmen. Warum sollte es in dieser Logik nicht zumutbar sein, Soldat zu werden und „Deutschland am Hindukusch“ oder sonst wo zu „verteidigen“?

Zumindest hat Kriegsminister Jung schon öffentlich vorgeschlagen, Hartz IV Empfänger per Marschbefehl einzuziehen, in Uniformen zu stecken und im Rahmen der Bundeswehr einzusetzen. Die Bundeswehr setzt also für die Zukunft darauf, durch sozialen, ökonomischen oder staatlichen Zwang Jugendliche in die Armee zu bringen. Die militaristische Propaganda durchdringt – unterstützt durch staatliche und privatwirtschaftliche Stellen – die Gesellschaft. Die Bundeswehr knüpft mit ihrer Werbung geschickt an den miesen Perspektiven der Jugendlichen an.

Was kann man dem entgegensetzen?

Vor allem brauchen wir die Ausbildungsplatzumlage, die Betriebe, die nicht ausbilden, zur Kasse bittet, um für alle Jugendlichen eine qualifizierte betriebliche Ausbildung zu schaffen, ohne auf eine Verpflichtung beim Bund angewiesen zu sein. Dies ist gleichzeitig eine wichtige Möglichkeit, der Armee das Wasser abzugraben, weil Jugendliche nicht mehr auf eine direkte oder indirekte Karriere beim Bund angewiesen wären.

Das allein wird aber sicher nicht reichen: Aus Sicht der SDAJ, ist es erforderlich, dass sich die Friedensbewegung mit der Bundeswehr und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit beschäftigt. Wir müssen die Menschen informieren, den reibungslosen Ablauf der Indoktrination durch die Bundeswehr stören z.B. durch Aktionen vor Jobcentern, in denen die Bundeswehr Frischfleisch sucht. Wir dürfen Jugendoffizieren kein Forum in Schulen bieten!

Denn es ist der Militarismus, der die Milliarden verschlingt, die die neuen Waffensysteme kosten und die z.B. für Bildung und Ausbildung fehlen. Es ist der Militarismus, der versucht, die öffentliche Meinung und den Wunsch nach Frieden zu manipulieren. Und nicht zuletzt ist es der Militarismus, der die Gesundheit und das Leben tausender junger Menschen in Gefahr bringt, indem er sie zum Kanonenfutter für die Interessen des deutschen Imperialismus macht.

Friedensbewegung und Gewerkschaften müssen der militaristischen Propaganda der Bundeswehr in Schulen, Arbeitsämtern und der Öffentlichkeit entschlossener als bisher entgegentreten, unter dem Motto:

- Kriegstreiber stoppen!
- Ausbildungsplätze statt Auslandseinsätze!

— Dank und Bitte zugleich —

Dank sagen wir allen, die dem "Linken Bündnis Dortmund" Spenden überwiesen haben – diese Solidarität ermöglicht es uns, wenigstens in kleinem Maß über unsere Arbeit zu informieren, diese "Informationen und Positionen" zu verbreiten, eine Homepage zu betreiben, Flugblätter zu vervielfältigen, Transparente anzufertigen. Wir bitten, in dieser Solidarität nicht nachzulassen, sondern nach Möglichkeit noch eins drauf zu legen! Unser Spendenkonto ist im Kopf der Titelseite zu finden - Spenden für Wählergemeinschaften sind steuerlich absetzbar.

01. Mai 2007

Die Bundesrepublik ist Schlusslicht in Europa bei der Lohnentwicklung, sie ist Spitzenreiter bei den Unternehmensgewinnen, Weltmeisterin im Export von Industriegütern, hemmungslos beim Sozialabbau und beim Senken von

Unternehmens- und Gewinnsteuern. Konzerne erpressen Parlamente und Belegschaften mit der Drohung, Standorte ins Ausland zu verlagern, erzwingen Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und vernichten jährlich Tausende von Arbeitsplätzen.

Kapital und Kabinett ziehen an einem Strang, wenn es um die Umverteilung von unten nach oben - also gegen die Mehrheit der arbeitenden Menschen - geht und sind zu einer anhaltenden Konfrontation übergegangen. All dies verschärft die soziale Spaltung in einer Gesellschaft, in der schon 2,5 Millionen Kinder von Sozialhilfe und weniger leben müssen sowie über elf Millionen Menschen offiziell als arm gelten, in der nun die Unternehmen pro Jahr weitere acht Milliarden Euro als Steuergeschenk erhalten sollen.

Die Politik der Koalitionsregierung und die Offensive der Unternehmer zeigen allen: Sie sind mit Gesprächen, Diskussionen und Bitten nicht aufzuhalten - es bedarf größerer betrieblicher, außerparlamentarischer Kämpfe und auch politischer Streiks, um ihnen Widerstand entgegenzusetzen.

Dem zivilisatorischen Rückschritt stellen wir die Alternative einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft entgegen.

An diesem 1. Mai wollen Neonazis in Dortmund aufmarschieren. Auf ihren Transparenten wird stehen: "Kapitalismus bekämpfen". Auf ihren Fahnen benutzen sie Symbole der Linken. Sie fordern: "Nie wieder Krieg!" und fügen hinzu "nach unserem Sieg", dem Sieg des nationalen Sozialismus, also des Nationalsozialismus.

Wir wissen, wie „antikapitalistisch“ ihre Vorgänger waren: als erstes zerschlugen sie die Arbeiterbewegung, warfen Kommunisten und Sozialdemokraten in die Gefängnisse, folterten und mordeten. Rund um den 1. Mai 1933 stürmten und besetzten sie die Gewerkschaftshäuser und die Betriebsratsbüros. Die organisierte Arbeiterschaft, das war der verhasste Gegner, den die Nazis mit KZ, Folter und Mord verfolgten. Vom großen Kapital, von den Banken, den Kohle- und Stahlbaronen ließen sie sich finanzieren und zur Macht verhelfen. Soviel zum "Antikapitalismus" der Nazis.

Die Neonazis missbrauchen ganz wie damals die Nazis Arbeitslosigkeit, die Angst vor Armut und die Perspektivlosigkeit großer Teile der Jugend für ihre Zwecke. Sie schüren Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Sie bieten als Lösungsmodell aus der Krise des Kapitalismus die "deutsche Volksgemeinschaft", den "nationalen Sozialismus", also den Nationalsozialismus. Das hatten wir schon einmal und wir kennen das Ende: Barbarei und Krieg und 50 Millionen Tote.

Wenn Neonazis am 1. Mai in Dortmund marschieren wollen, sagen wir ihnen: Ihr seid genau so demokratie- und gewerkschaftsfeindlich und rassistisch wie Eure braunen Opas. Euer „Antikapitalismus“ stinkt. Wir alle sind gefordert: die antifaschistischen Bündnisse wie die sozialen Foren, die Parteien, die sich dem Antifaschismus verpflichtet fühlen, die Gewerkschaften wie die Kirchen, die soziale Demagogie der Nazis zurück zu weisen.

Offensiver Kampf für soziale Rechte und gegen Hartz 4, gegen die Rente mit 67, die Gesundheitskonterreform und andere neoliberale Grausamkeiten, das ist unser Beitrag gegen Rechts.

Dem zivilisatorischen Rückschritt stellen wir die Alternative einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft entgegen.

V.i.S.d.P.: Udo Stunz für Linkes Bündnis Dortmund

Der DGB Östliches Ruhrgebiet ruft zur Kundgebung am 1. Mai 2007 um 10.00 Uhr auf dem Platz der alten Synagoge unter dem Motto auf: "Bürgerinnen und Bürger: Augen auf gegen Rechts!" Hauptredner ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Anschließend Demonstration und im Westfalenpark das traditionelle Familienfest, diesmal mit Jugendkonzert "Rock gegen Rechts".